

## Kommentar

# Revanche in den Regionen

## Die Rechte knickt ein, muss aber Kurs halten

MEDARD RITZENHOFEN\*

Aufsehen erregen ist alles. Die Suche nach immer neuen Events, Highlights und Rekorde, die die selbstverliebte Mediengesellschaft umtreibt, scheint nun auch die Politik erreicht zu haben. Schon 2002 legten Frankreichs Wähler ein erstaunliches Gespür für effektvolle Dramaturgie an den Tag. Bei den Präsidentschaftswahlen desavouierten sie erst die Demokratie, indem sie den Rechts-extremen Jean-Marie Le Pen in die Stichwahl beförderten. Daraufhin war der Schock so groß, dass nach einem Superstar gesucht wurde. Um den politischen Sündenfall zu sühnen, bestätigte die Nation Jacques Chirac mit 82 Prozent der abgegebenen Stimmen im höchsten Staatsamt. Die Republik war gerettet. Um ganz sicherzugehen, statteten die Wähler bei den kurz darauf folgenden Parlamentswahlen die neugegründete Partei des Präsidenten UMP mit einer absoluten Mehrheit aus. Soviel Macht für die Rechte war nie.

Nach nur zwei Jahren nutzte das Wahlvolk die erste sich bietende Gelegenheit, um den Spieß umzudrehen. Bei den Regionalwahlen im März wählten 21 der 22 Regionen links. Lediglich im Elsass konnte sich die bürgerliche Rechte behaupten. So durchgehend rosarot war der hexagonale Flickenteppich der Provinzen noch nie. Auch die vier Überseeregionen Guadeloupe, Martinique,

Réunion und Guyana wählten links. Zur Erinnerung: Bei den ersten beiden Regionalwahlen 1986 und 1992 gewann die Linke mit dem Nord-Pas-de-Calais und dem Limousin ganze zwei Regionen. 1998 erhielt die Linke in acht Regionen die Mehrheit. Jetzt wechselten noch einmal 13 Regionen von rechts nach links. Die gleichzeitig durchgeführten Kantonalwahlen bestätigten den politischen Trend einer „vague rose“. Obwohl diese Wahlsprengel der Conseils généraux eine hohe politische Stabilität aufweisen, konnte die Linke der Rechten zehn Départements abnehmen. Darunter waren konservative Hochburgen wie das bretonische Département Loire-Atlantique, das seit seiner Gründung 1793 nie anders als rechts gewählt hatte, oder das christdemokratische Stammland Ill-et-Vilaine.

Nach dem spektakulären Linksrutsch der Provinz bewies Jacques Chirac, dass Ruhe die erste Pflicht des Präsidenten ist. Im Gegensatz zu den Medien war er bemüht, den Ball flach zu halten. Der von der regierungskritischen Presse verbreiteten Notwendigkeit eines Rücktritts von Premierminister Jean-Pierre Raffarin entsprach er nicht und begnügte sich mit einer umfassenden Regierungs-umbildung: Der starke Mann des Kabinetts Nicolas Sarkozy wechselt vom Innen- ins Fi-

\* Medard Ritzenhofen lebt als freier Journalist in Straßburg / Paris.

nanzministerium. Der Politiker, der Chirac beerben will, soll sich an den chronisch leeren Kassen die Zähne ausbeißen. Der verdiente Außenminister *Dominique de Villepin* kann sein Können jetzt an der Spitze des Innenministeriums beweisen. Dafür übernimmt der EU-Kommissar für Regionalpolitik *Michel Barnier* den Quai d'Orsay. *François Fillon* löst den enttäuschenden *Luc Ferry* als Erziehungsminister ab. Mit einem neuen großen Ministerium für soziale Kohäsion unter der Verantwortung von *Jean-Louis Borloo* wollen Chirac und *Raffarin* den massiven sozialpolitischen Vorwürfen den Wind aus den Segeln nehmen.

Die Neuformierung des *Raffarin*-Kabinetts bestätigte einmal mehr eine französische Besonderheit: Selbst wenn es die Regionen und Kantone sind, die bei den zwei Wahlgängen am 21. und 28. März im Blickpunkt standen, geht es im Zentralstaat par excellence ums Große und Ganze der Nation. So wurde von Anfang an in diesen Regionalwahlen ein allgemeiner politischer Stimmungstest gesehen, dessen Ergebnisse unmittelbar auf die in Paris gemachte Politik durchschlagen würden. Mit dem Erdrutschsieg der Linken erhöhte sich die Wirkung der Wahl auf die nationale Politik. Dass die 13 von den Rechten bislang geführten Regionen so schlecht regiert worden wären, dass dort ein Machtwechsel her musste, während man in den acht links geführten Regionen froh war, alles beim Alten zu belassen, ist unwahrscheinlich. Umgekehrt aber wird ein Schuh daraus. Weil Premierminister *Jean-Pierre Raffarin* als unermüdlicher Anwalt einer Dezentralisierung die Regionen zu seinem politischen Steckenpferd gemacht hatte, konnte man ihn auf diesem Gebiet besonders empfindlich treffen.

War die Stimmenverteilung im ersten Wahlgang mit insgesamt über 40 Prozent für die Linke und 34,5 Prozent für die bürgerliche Rechte nur ein Denkmittel, so verschärfte sich das Endergebnis im zweiten Wahl-

gang zu einem veritablen Misstrauensvotum. Die sich aus Sozialisten, Kommunisten und Grünen zusammensetzende Linke erzielte mit über 50 Prozent die absolute Mehrheit, während die bürgerliche Rechte sich mit knapp 37 Prozent bescheiden musste. Als dritte Kraft bestätigte sich einmal mehr der Front National (FN). Erfreulich war der Anstieg der Wahlbeteiligung, die sich gegenüber den letzten Regionalwahlen von 58 auf 62 Prozent erhöhte, um im zweiten Wahlgang über 65 Prozent zu erreichen.

### Vote-sanction für die Regierung

Der „Nouvel Observateur“ brachte es auf den Punkt: „*Raffarin, le rejet.*“ Regelrecht gedemütigt wurde der Premierminister in seiner Heimatregion Poitou-Charentes. Dort, wo er selbst 14 Jahre das Amt des Regionalpräsidenten innehatte, bevor er 2002 ins Hôtel Matignon berufen wurde, holte die Sozialistin *Ségolène Royal* mit über 46 Prozent der Stimmen das beste Ergebnis der Linken im ersten Wahlgang. Die 55 Prozent im zweiten Wahlgang waren die königliche Kür der Frau des Sozialistenchefs *François Hollande* in einer Region, die die längste Zeit das Label „fief du premier ministre“ getragen hat.

Nicht besser erging es den Mitgliedern der *Raffarin*-Regierung, die sich in der Provinz zur Wahl gestellt hatten. Machte sich die Rechte nach dem ersten Wahlgang noch Hoffnung, mit der Île-de-France die mit Abstand bevölkerungsreichste und wirtschaftlich stärkste Region zu gewinnen, so musste sich Regierungssprecher *Jean-François Copé* dem Sozialisten *Jean-Paul Huchon* geschlagen geben. In der ebenfalls bevölkerungsstarken Region Provence-Alpes-Côte d'Azur (PACA) blieb der Staatssekretär im Außenministerium *Renaud Muselier* weit hinter dem sozialistischen Amtsinhaber *Michel Vauzelle* zurück. Noch härter traf es den Minister für den Öffentlichen Dienst *Jean-Paul Delevoye*, der im Nord-Pas-de-Calais im ersten Wahlgang nur

auf dem dritten Platz hinter dem Sozialisten Daniel Percheron und dem FN-Kandidaten Carl Lang landete. Mit Sozialminister François Fillon musste sich selbst die protokollarische Nummer Drei der Regierung in den Pays de la Loire, einem Stammland des Konservatismus, geschlagen geben. Schließlich wurde in der Auvergne auch der ehemalige Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing aufs Altenteil geschickt. Seit 1986 hatte VGE die Geschicke der Region in Clermont-Ferrand wie ein Feudalfürst gelenkt. Ein viertes Mandat als Regionalpräsident wurde dem 78-jährigen elder statesman und mit dem Karlspreis geehrten Kopf der EU-Reformkonvents von dem so gut wie unbekanntem sozialistischen Kandidaten Pierre-Joël Bonté verwehrt.

Da die Regionalwahlen von den Medien in erster Linie als nationaler Stimmungstest wahrgenommen wurden, war es die Bilanz Jean-Pierre Raffarins, über die befunden wurde. Ganz so schlecht fällt die gar nicht aus. Immerhin traute sich der Mann aus dem Poitou an die überfällige Rentenreform heran, um die sein sozialistischer Vorgänger im Hôtel Matignon Lionel Jospin einen großen Bogen gemacht hatte. Dass die Kriminalität nicht mehr die erste Sorge der französischen Bevölkerung ist, kann sich die Regierung ebenfalls gutschreiben. Stärker zu Buche geschlagen haben dürften hingegen soziale Einschnitte sowie die jüngsten Proteste sowohl von Forschern und Wissenschaftlern als auch von Intellektuellen und Künstlern gegen die Kürzung von Geldern. Dass die Regierung für ihre unpopuläre Sparpolitik mit einem 'vote-sanction' abgestraft werden würde, stand außer Frage. Dass die Abmahnung aus der Tiefe der Provinz kam, musste für den Herold einer „France d'en bas“ besonders bitter sein. „Libération“ sprach am Vortag des zweiten Wahlgangs von einem „Raffarindum“, um den plebiszitären Charakter der Wahl für den Premierminister zu betonen.

Als die Gewinne der Linken weitaus höher als erwartet ausfielen und die Rechte alle Regionen bis auf das Elsass verlor, war es Jacques Chirac selbst, dessen Position und Politik in den Vordergrund rückten. Wo es eigentlich um die Exekutiven jener Gebietskörperschaften ging, die für öffentliche Verkehrsmittel, Sozialhilfen und den Unterhalt von Schulen zuständig sind, wurde das Schicksal des Staatspräsidenten verhandelt. Der Direktor von „Libération“ Serge July erwartete „la fin du règne de Jacques Chirac“. Kollege Jean-Marie Colombani von „Le Monde“ diagnostizierte: „Le chef de l'Etat est le premier responsable de la faillite de son camp.“

### Der König ist nackt

Nachdem der Neogaullist im Mai 2002 mit über 80 Prozent der Stimmen ins höchste Amt wiedergewählt worden war, verneigte sich selbst die linksliberale Presse vor „le roi Chirac“ („Nouvel Observateur“). Mit dem Ausgang der Regionalwahlen steht dieser König plötzlich nackt da. Der Erdrutschsieg der Linken war die Reaktion auf die vom ganzen Volk getragene zweite Erhebung Chiracs zum Staatsherrn. Dessen nationaler Triumph und das regionale Tribunal seiner Politik sind die zwei Seiten einer schillernden Medaille. Denn der durch den Einzug *Le Pens* in die Stichwahl bedingte haushohe Sieg Chiracs bei den Präsidentschaftswahlen ließ sich nur durch eine besondere Verpflichtung für das Allgemeinwohl der Nation rechtfertigen. Doch diesen Auftrag hat Chirac nur teilweise erfüllt. Nachdem er mit den Stimmen der Linken im höchsten Staatsamt bestätigt worden war, hätte es dem Präsidenten gut anstanden, auch dieses Lager bei seiner Personalpolitik zu berücksichtigen. Stattdessen hatte er nichts Eiligeres zu tun, als sämtliche Schlüsselposten im Staat mit treuen Gefolgsleuten zu besetzen. Selbst die UDF (Union pour la Démocratie Française) als kleinere Partnerin der Präsidentenpartei UMP (Union

pour un Mouvement Populaire) wurde mit einem zweitrangigen Ministerium – Transport für Gilles de Robien – abgefunden.

Das rächte sich bei den Regionalwahlen, bei denen die UDF unter ihrem ehrgeizigen Vorsitzenden François Bayrou im ersten Wahlgang in 16 Regionen mit eigenen Kandidaten antrat. Bayrou selbst forderte in der Region Aquitaine, in deren Hauptstadt Bordeaux der UMP-Chef Alain Juppé Bürgermeister ist, sowohl die Linke als auch die Liste der Regierungspartei heraus. Damit hatte er sich die Latte zu hoch gelegt, ging er doch nur als Dritter durchs Ziel. Indem die UDF aber im ersten Wahlgang landesweit mit 12 Prozent immerhin halb soviel wie die UMP (23 Prozent) holte, bewies Bayrou, dass es neben der UMP noch Platz für eine liberal-bürgerliche Partei gibt. Dass ihm die UDF in erster Linie als Sprungbrett für präsidentielle Ambitionen dient, wird man dem Zentristen kaum ankreiden können. Schließlich hat Jacques Chirac mit seiner neogaullistischen Sammlungsbewegung RPR vorgemacht, wie man eine Partei zum eigenen Machtaufstieg in die Pflicht nimmt.

Mit der am 17. November 2002 gegründeten UMP, deren Kürzel man als „Union pour la Majorité Présidentielle“ zwar falsch liest, aber richtig versteht, hat Chirac den Bogen überspannt. Als großer Rechtsblock, der die Politik des Präsidenten und der Regierung parlamentarisch absichern soll, kann dieser „nouveau parti chiraquien“ die in ihn gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen. Die historischen Traditionen der französischen Rechten sind mit den Gaullisten, Liberalen, Katholiken und Bonapartisten zu vielfältig, als dass diese sich handstreichartig in einer integralen Union zusammenzwingen ließen.

Nirgends trat das Scheitern der UMP offenkundiger zutage als in der Verurteilung ihres Vorsitzenden Alain Juppé. In einem vielbeachteten Korruptionsprozess hatte Ende Januar ein Gericht in Nanterre gegen Juppé einer Haftstrafe von 18 Monaten auf Bewäh-

rung wegen „illegaler Vorteilsnahme“ verhängt. Da dieses Urteil automatisch eine zehnjährige Periode der Unwählbarkeit nach sich zieht, war das politische Aus für den Politiker, den Chirac „den Besten von uns allen“ nannte, besiegelt. Dabei gilt es als offenes Geheimnis, dass Juppé den Kopf für seinen Mentor hinhielt, der als Staatspräsident unantastbar ist. Dass in den 30 Jahren, in denen Chirac in Personalunion das Rathaus von Paris und die neogaullistische Partei führte, viel Geld in falsche Kanäle floss, wer wollte es ernsthaft in Zweifel ziehen?

Das voraussichtliche Karriereende des Bilderbuchaufsteigers Juppé, der im November den Parteivorsitz abgeben wird, trifft Chirac hart. Er verliert nicht nur seinen treuesten politischen Freund und Kronprinzen, sondern auch den Politiker, der den noch ehrgeizigeren Nicolas Sarkozy in die Schranken weisen könnte. Im Unterschied zu Juppé machte der ebenso umtriebige wie populäre Innenminister keinen Hehl daraus, dass er Jacques Chirac 2007 als Staatspräsident beerben will. Die 80 Prozent, mit denen Sarkozy bei den Kantonalwahlen im Pariser Vorort Neuilly in den Conseil général des Départements Hauts-de-Seine gewählt wurde, ließen seinen Stern in der dunklen Stunde der Rechten noch heller leuchten. Schon zuvor wurde „Super-Sarko“ als neuer Premierminister gehandelt. Dieser in den Medien weidlich erwogenen Option leistete Chirac nicht Folge, sondern beließ Raffarin im Amt. Sollte der neue Finanzminister jedoch im November seine Hand nach dem Vorsitz der UMP ausstrecken, wird ihm dies von Chirac kaum wehrt werden können. Zumal der bisherige Innenminister, der mit dem Absenken der Kriminalitätsquote seinen wichtigsten politischen Erfolg verbuchen konnte, als einziger Repräsentant der Rechten in der Lage zu sein scheint, deren extremen Ableger in die Knie zu zwingen. Denn hier liegt die zweite Schwäche der UMP als große rechte Blockpartei. Nicht nur ist es ihr nicht gelungen, die

liberale UDF vollständig zu integrieren, sie vermochte auch nicht, den Front National auszuschalten.

Angesichts der spektakulären Erfolge der Linken wurden die soliden Ergebnisse des Front National nur am Rand vermerkt. Dabei konnte die Partei *Jean-Marie Le Pens* mit landesweit fast 15 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang beinahe an ihren Durchmarsch in die zweite Runde der Präsidentschaftswahl (16,8 Prozent) vor zwei Jahren anknüpfen. Doch wenn der Schock des 21. April 2002 die Nation kurzfristig traumatisiert hatte, so brachten rechtsextreme Stimmenanteile von 28 Prozent im Elsass oder 23 Prozent in den beiden Regionen Provence-Alpes-Côte-d'Azur (PACA) und Picardie niemanden um den Schlaf. Im ersten Wahlgang gelang es dem FN, in 17 Regionen die neueingerichtete hohe Hürde von 10 Prozent der abgegebenen Stimmen zu überspringen, die zum ersten Mal notwendig waren, um in die zweite Runde zu kommen. Dort war allerdings nichts mehr für die extreme Rechte zu holen. Durch die ebenfalls neue Prämie von 25 Prozent der insgesamt zur Wahl stehenden Sitze für die Liste mit den meisten Stimmen büßte der FN sogar von den vormalig 275 Sitzen in den Regionalräten 119 ein.

Trotzdem bestätigten auch die landesweit über 12 Prozent im zweiten Wahlgang die feste Verankerung des Front National als dritte Kraft in der politischen Landschaft. Frankreich hat sich an *Monsieur Le Pen* gewöhnt, ohne ihn noch ganz ernst zu nehmen. Dazu trug der 75-jährige Polterer selbst bei, als er wegen eines Formfehlers nicht zur Wahl in seiner Heimatregion PACA zugelassen wurde. Da er dort weder Wohnung noch Steuernummer nachweisen konnte, war *Le Pen* in der FN-Hochburg aus dem Rennen, bevor dieses begonnen hatte. Es ist davon auszugehen, dass dem rechtsextremen Maulhelden am Amt eines Regionalpräsidenten ohnehin nicht allzu sehr gelegen war. Denn bevor er sich in die Verantwortung für regionale

Strukturprobleme nehmen ließe, gefällt sich *Le Pen* allemal besser in der Rolle des Märtyrers des politischen Establishments.

## Das verflixte zweite Jahr

Über die gute Figur, die *Jacques Chirac* – zumindest in den Popularitätsumfragen – als Gegenspieler von *George W. Bush* während der Irak-Krise machte, verlor er die dringenden innenpolitischen Herausforderungen aus dem Blick. Ein französischer Staatspräsident kann sich noch so elegant auf dem diplomatischen Parkett bewegen, Wahlen werden nach innen- und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten entschieden. Dabei gehört es augenscheinlich zur politischen Biographie von *Jacques Chirac*, jeweils zwei Jahre nach einem persönlichen Triumph einen herben Tiefschlag einstecken zu müssen. 1974 wird *Chirac* von dem zum Staatspräsidenten gewählten *Giscard d'Estaing* zum ersten Mal zum Premierminister ernannt. Zwei Jahre später sind die Differenzen zwischen den beiden Männern an der Staatsspitze so gravierend, dass *Chirac* zurücktritt. 1986 zieht dieser erneut ins *Hôtel Matignon* ein, diesmal unter Staatspräsident *Mitterrand*. Nach zwei Jahren unterliegt *Chirac* bei den Präsidentschaftswahlen klar dem Amtsinhaber. 1995 wird *Jacques Chirac* selbst zum Staatspräsidenten gewählt. Zwei Jahre später löst er in taktischer Fehleinschätzung die Nationalversammlung auf und muss sich bis 2002 mit einer linken Regierung arrangieren. Wiederholt sich die Geschichte? Zwei Jahre, nachdem *Chirac* bei Präsidentschafts- und Parlamentswahlen die größte Zustimmung der Wähler erfuhr, die je einem Politiker der V. Republik zuteil wurde, wird er im März 2004 wieder in eine Art von Kohabitation gezwungen. Diesmal ist es nicht die Regierung, sondern sind es die Regionen, die in ihrer quasi rosa-rot-grünen Totalität ein exekutives Gegengewicht bilden. Würde der Neogaullist sein Amt im Geist des Gründers der Republik verstehen,

müsste er nach diesem offensichtlich nationalen Misstrauensvotum eigentlich das Parlament auflösen und Neuwahlen ansetzen. Doch Chirac weiß nur zu gut, warum er sich diesen Tort jetzt nicht antut.

## Die Linke im Aufwind

Wahrscheinlich wäre ein solcher Schritt nicht einmal im Sinne der Opposition. Denn während die Rechte in den Regionen gnadenlos unterging, wurde die Linke von ihrem Sieg geradezu überrumpelt. Absolute Mehrheiten zu gewinnen, war ihr das letzte Mal bei den Präsidentschaftswahlen 1988 vergönnt, als Mitterrand mit 54 Prozent der Stimmen gegen Chirac im Élysée bestätigt wurde. Der historisch einzigartige Sieg in den Regionen mit seinen Auswirkungen auf die nationale Politik kommt für die Sozialisten und ihre kommunistischen und grünen Juniorpartner in gewisser Weise zu früh. Bis jetzt war die Linke noch damit beschäftigt, ihre Wunden zu lecken. Das Opfer, das sie 2002 brachte, als sie bei den Präsidentschaftswahlen schweren Herzens Jacques Chirac im zweiten Wahlgang gegen Jean-Marie Le Pen unterstützte, warf die Sozialisten aus der Bahn.

Es ist nicht auszuschließen, dass auch ein gewisser Wille zur Wiedergutmachung das Verhalten der Wähler bestimmte. Zumindest stimmte die linke Wählerschaft weitaus vernünftiger ab als vor zwei Jahren. Nicht nur stieg die Wahlbeteiligung im Allgemeinen, auch die Zahl linker Protestwähler war deutlich rückläufig. War es 2002 die Zersplitterung der Linken, die deren Matador Jospin zum Verhängnis wurde, so wurde nun den Sozialisten, die noch immer ohne Zugpferd sind, der Rücken gestärkt. Zu spüren bekam das vor allem die extreme Linke, die trotz der Allianz der Ligue communiste révolutionnaire (LCR) mit Lutte ouvrière (LO) in die politische Bedeutungslosigkeit von unter 5 Pro-

zent sank. Dagegen konnten sich mit den schon längst in die Jahre gekommenen Kommunisten und den nie richtig erwachsen werdenden Grünen die früheren Juniorpartner der Sozialisten auf ihrem gewohnt niedrigen Normalniveau behaupten.

Wenn die Sozialisten auch nicht alles in der französischen Linken sind, so wird ohne sie nichts laufen. Wo aber steht Frankreichs älteste Partei ideologisch und programmatisch? Wer stellt die Weichen und wer führt sie in die großen nationalen Wettbewerbe um die Macht? Der Erfolg bei den Regionalwahlen stärkt die Stellung von Parteichef François Hollande. Doch wird ihm damit auch die Ausstrahlung zuwachsen, über die ein Élysée-Prätendent verfügen muss? Noch können die Sozialisten weder Programm noch Profil aufweisen. Ihr eindrucksvoller Etappensieg kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Rechte eher verloren hat, als dass die Linke gewonnen hätte. Will heißen, die Wähler haben in erster Linie gegen die Regierung gestimmt, was den Sozialisten zugute kam.

Mit der Revanche in den Regionen wurde der Linken ein Vorschuss für ihre nationale Politik gewährt. Nun ist es an Sozialisten, Kommunisten und Grünen, diesen Wechsel auf die Zukunft auch einzulösen und politische Konzepte anzubieten, ohne ideologische Luftschlösser zu entwerfen. Derweil tun Chirac und Raffarin gut daran, Kurs zu halten. Denn zu dem von ihnen eingeschlagenen Weg einer Reformpolitik gibt es keine Alternative. Wie Deutschland muss auch Frankreich sparen. Das tut weh, ist unpopulär und doch notwendiger denn je. Die Kunst der Politik besteht darin, der kapriziösen Nation die leidigen Reformen plausibel zu machen. Nur wer sich auf diese Kunst versteht, hat Chancen, in Zukunft weder von der Wirtschaft noch vom Wahlvolk die Quittung zu bekommen.